

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 99 (2005)
Heft: 10

Rubrik: Kolumne : was Not tut

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was Not tut

Der Apotheker in unserm Dorf sammelt für die *Opfer des Hurrikans Katrina*, ebenso der Garagenbesitzer und der Zahnarzt. Die Schule nimmt Farbstifte und Notizpapier entgegen, der Frauenverein Kleider und Windeln. Die Kirchen rufen zu einer speziellen Kollekte auf. Einige besonders eifrige Christen schicken sogar *Bibeln* in das von Gottes Zorn heimgesuchte Gebiet – «Tue Busse, du sündiges New Orleans!» mahnte ein Prediger kürzlich am Radio. Die meisten Spendenden sind barmherziger. Sie wollen einfach helfen. Sogar die Kassiererin im Supermarkt mit den kaputten Zähnen, die mit einem Stundenlohn von sechs Dollars nicht einmal sich selbst zu einem anständigen Lebensstandard verhelfen kann.

Nur ich gebe nichts. Und ich frage mich, ob ich meine an sich vernünftige Haltung, dass nach diesem Sturm nicht Brosamen, sondern *politische Reformen* Not tun, etwas gar stur auslebe. Geiz kann es nicht sein. Ich spende regelmässig für Organisationen wie die UNESCO, die trotz bürokratischer Schwerfälligkeit Kontinuität in die internationale Zusammenarbeit bringt, oder die ACLU, welche in den USA die Bürgerrechte gegen Schnüffelstaat und theokratische Tendenzen verteidigt; die *Union for Concerned Scientists*, welche Naturwis-

senschaft mit sozialer und ökologischer Verantwortung verknüpft, bekommt monatlich ein paar Dollars, das Haus für geschlagene Frauen etc. Bloss mit der spontanen und kurzlebigen Sammelwut nach sensationellen Katastrophen habe ich meine Mühe. Zu sehr regieren die Gefühle der Spendenden über die Bedürfnisse der Empfangenden. Es kommt mir zuweilen vor wie ein Ablasshandel, bei dem man sich nicht von begangenen Sünden loskauft, sondern Verschonung vor zukünftigem Unglück erwirbt.

Als «*Sekundärschutt*» haben die Rettungsleute im Herbst 2001 in New York all die Hilfsgüter bezeichnet, die ungefragt in grossen Lastern angekarrt wurden und die sie nun zusätzlich verwalten oder wegschaffen mussten – beispielsweise stapelten sich Tonnen von Hundefutter für die paar wenigen Tiere der Suchteams. Doch selbst monetäre Spenden sind nicht immer unproblematisch: Für New Orleans wurde bereits mehr einbezahlt als damals für New York oder vor einem Jahr für die Tsunami-Opfer. Sogar eine gestandene Institution wie das *Rote Kreuz* ist mit der Verwaltung und Verteilung der Gelder im Hurrikangebiet überfordert (während die Spenden für andere wichtige Hilfsprojekte zurückgehen oder ganz ausbleiben). Was geschieht erst in den kleineren Hilfsorganisationen auf der Sammelliste des Nationalen Katastrophendienstes FEMA, die beinahe ausnahmslos «faith-based», also religiös gebunden, sind und in vielen Fällen ideologisch fixiert? Ineffizienz, Korruption und Manipulation sind strukturell vorgezeichnet – und auch die *fortgesetzte Ohnmacht* der bedürftigsten Hurrikan-Opfer, die schon vor Katrinas Zerstörungswucht sozial, politisch und wirtschaftlich nicht in die Gesellschaft integriert waren, sondern abhängig von der Freundlichkeit Fremder.

«Wohltätigkeit ist gut, Rechte sind besser», kommentierte Chefredaktor Glen Ford in den ersten Tagen nach der

grossen Flut am *Black Commentator Radio*: «Jede Hilfe ist willkommen, aber wir müssen auch unsere Rechte im Auge behalten – das Recht auf Rückkehr zum Beispiel. Wir haben ein Recht darauf, nicht auf Dauer vertrieben zu werden durch eine gemeingefährliche Regierungspolitik und eine profitgierige Wirtschaft, welche bestimmt versuchen werden, New Orleans zu schlucken, so voll und ganz, wie es die Wasser von Lake Pontchartrain taten. Bürgerrechte können und dürfen nicht privatisiert und an Kirchen oder die Heilsarmee ausgelagert werden.»

Beim Wiederaufbau New Orleans' in

Land» packte, ein langfristiges *soziales Umdenken* bewirkt oder ob es sich bloss um eine vorübergehende heftige Sensation handelt.

Armut und Unsicherheit regierten die Halbmillionenstadt schon vor dem Sturm. Touristen bekamen die pittoreskere Seite von Armut zu sehen. Diejenigen Einheimischen, die sich nicht hinter *Gated Communities*, eingezäunte Enklaven des Reichtums, verziehen konnten, erlebten die *Verluderung des Service Public* in seiner ganzen Härte: Die Volksschulen in New Orleans waren marode; die *Analphabetenrate* in der Stadt betrug vierzig Prozent. Die Sicherheits-

Drive-through-Katastrophenhilfe. Sammelaufruf bei einer Garage an der Strasse 101 in Amherst, New Hampshire.



den nächsten Wochen und Monaten wird sich zeigen, ob man den zu siebzig Prozent afroamerikanischen Einwohnerinnen und Einwohnern bloss Wohltätigkeit oder auch *Rechte* zugesteht. Ob ein neues New Orleans wieder schwarz sein wird oder bloss noch ein jazziger Themenpark. Ob das Entsetzen, das die Amerikaner angesichts der Fernsehbilder aus der «Dritten Welt im eigenen

kräften waren unterbezahlt und überbeschäftigt; die *Kriminalitätsrate* kletterte höher als in jeder andern City der USA.

Aber Ausgleichs- und Unterstützungsprogramme für finanziell benachteiligte Städte und Einzelstaaten werden laufend aus dem Bundesbudget gestrichen. Auch für Unterhalt, Reparatur und Verstärkung der für New Orleans *lebenswich-*

tigen Dämme – was insgesamt bloss so viel gekostet hätte wie ein paar Tage Krieg im Irak – machte Washington nicht genügend Mittel frei. Schon anfangs Sommer, Monate vor der Hurrikansaison, sagte Bürgermeister *Ray Nagin* schliesslich, dass im Evakuierungsfall jeder auf sich selbst und sein eigenes Auto angewiesen sei; die öffentliche Hand habe kein Geld für den Transport der gefährdeten Bevölkerung. Die Naturkatastrophe hat die bereits existierenden Muster der sozialen Ungleichheit und Not bloss freigelegt und vergrössert.

Wird jetzt, wo *Präsident Bush* bis zu 200 Milliarden Dollar Wiederaufbauhilfe an die hurrikangeschädigte Region



Caritas im Supermarkt. Sammelstelle in der WalMart-Filiale Amherst (Bilder: Lotta Suter).

versprochen hat, alles anders? Besser? Eine kollektive Vision für New Orleans ist denkbar. Das historische Pendant dafür wäre der «*New Deal*», den *Franklin D. Roosevelt* nach der Wirtschaftskrise der 30er Jahre national in Gang setzte: kühne Wirtschaftsreformen eines aktivistischen Staates zugunsten grösserer wirtschaftlicher Verantwortlichkeit. Einige Demokraten wagen derzeit von dieser Möglichkeit laut zu träumen.

Doch George Bush selber ist ein ausgesprochener Anti-Roosevelt, der New

Orleans als Chance und *Labor für eine rein neoliberale Wirtschaftsweise* nutzen will: ein Steuerparadies ohne Umwelt- und Arbeitsgesetze. Die verwüstete US-Golfküste erhielt die offizielle Bezeichnung *Opportunity Zone* (Opportunitätsbereich), und der Präsident hat bereits einige der störenden Vorschriften und Regulationen ausser Kraft gesetzt. Zum Beispiel den Davis-Bacon-Akt von 1931, der die Vergabe von öffentlichen Geldern an Bauunternehmen an die Bedingung ortsüblicher Löhne knüpft. Das Gesetz ist bisher erst zweimal suspendiert worden: Im Februar 1971 durch Präsident Nixon als einmonatige Inflationsbekämpfungsmassnahme und 1992 auf unbestimmte Zeit durch *George Bush senior*, der damit die Verwüstungen des Hurrikans Andrew in Florida wieder gut machen wollte. (Bill Clinton setzte das Gesetz nach Amtsantritt sogleich wieder in Kraft.)

Er unternehme alles, was in dieser Katastrophe Not tue, sagte Präsident Bush Mitte September anlässlich seiner *gespenstischen Fernsehansprache* im menschenleeren New Orleans, Krisen hätten noch immer das Beste in Amerika hervorgebracht. – Steuererhöhungen kämen aber zur Finanzierung des Wiederaufbaus keinesfalls in Frage, stellte er tags darauf klar, während er beim Fototermin vor Ort, in Louisiana, gönnerhaft ein paar ausgewählte wuschlige schwarze Babyköpfe tätschelte. ●